

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Lötzer, Dr. Gesine Löttsch, Dr. Barbara Höll, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/10656 –**

Konjunkturpolitik im Schatten der Finanzkrise

Vorbemerkung der Fragesteller

Die Wirtschaftsentwicklung befindet sich in einer Abschwungphase. Der Internationale Währungsfonds (IWF) sagt für die Bundesrepublik Deutschland ein Nullwachstum im Jahr 2009 voraus (nach einem Wachstum von 1,8 Prozent 2008). In den USA wird die Wirtschaft 2009 laut IWF nur um 0,1 Prozent wachsen, in der Eurozone um insgesamt 0,2 Prozent. Die Bundesregierung erwartet laut Presseberichten für die Bundesrepublik Deutschland ebenfalls nur noch ein Wirtschaftswachstum zwischen 0 und 0,5 Prozent im Jahr 2009.

Der wegen der Binnenmarktkrise bereits begonnene Abschwung wird durch die aktuelle Finanzkrise noch verstärkt: Banken müssen hohe Abschreibungen vornehmen, schränken deshalb ihre Kreditvergabe an Unternehmen ein – Investitionen werden so erschwert. Die weltweite Verlangsamung des Wachstums wird die Auslandsnachfrage reduzieren. Die stagnierende private Konsumnachfrage in der Bundesrepublik Deutschland wird wegen der Verunsicherung durch die Finanzmarktkrise noch weiter sinken.

Vor diesem Hintergrund fordern Wirtschaftswissenschaftler, dass der Staat den Nachfrageausfall kompensiert und seine Investitionen ausweitet (vgl. z. B. Wirtschaftsdienst Nr. 9, 2008). Auch die Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag hat wiederholt auf die Dringlichkeit eines Konjunkturprogramms hingewiesen.

Die Bundesregierung spricht sich bislang gegen solche Maßnahmen zur Stützung der Konjunktur aus. Als der französische Präsident Nicolas Sarkozy jüngst Lockerungen bei den Schuldengrenzen des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts forderte, wurde dies von deutscher Seite abgelehnt (Handelsblatt, 7. Oktober 2008).

1. Um wie viel Prozent wird das deutsche Bruttoinlandsprodukt nach Ansicht der Bundesregierung 2008 und 2009 (jeweils im Vergleich zum Vorjahr) voraussichtlich preisbereinigt wachsen, inwieweit unterscheidet sich diese

Prognose von der letzten, vorangegangenen Prognose der Bundesregierung?

Nach der am 16. Oktober 2008 vorgelegten Herbstprojektion der Bundesregierung wird das reale Bruttoinlandsprodukt im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr 2008 um 1,7 Prozent und 2009 um 0,2 Prozent wachsen. Für das Jahr 2008 wurden damit sowohl die Frühjahrs- als auch die Jahresprojektion der Bundesregierung bestätigt, für 2009 wurde die Wachstumserwartung um einen Prozentpunkt zurückgenommen.

2. Wie begründet die Bundesregierung die Senkung ihrer Wachstumsprognose, und wie hoch ist der Anteil des Wachstumsrückgangs, den sie auf die Finanzmarktkrise zurückführt?

Die Anpassung der Wachstumsprognose für 2009 war vor allem deshalb nötig, weil sich die allgemeine Abschwächung der Weltkonjunktur vornehmlich über die außenwirtschaftliche Verflechtung auch auf die Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland auswirken wird. Der Anteil des Wachstumsrückgangs, der dabei auf die Finanzmarktkrise zurückzuführen ist, lässt sich nicht verlässlich quantifizieren.

3. Wie schätzt die Bundesregierung die Wirkungen der Finanzmarktkrise auf die wirtschaftliche Entwicklung der Schwellenländer und Entwicklungsländer ein, sowie auf die Rohstoffnachfrage und -preise, welche Konsequenzen erwartet die Bundesregierung aus diesen Entwicklungen für die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und wie begründet sie ihre Haltung?

In den Schwellen- und Entwicklungsländern war das Wachstum bisher noch weitgehend robust. Es ist allerdings insbesondere aufgrund der im Zuge der Finanzmarkturbulenzen eingetrübten Aussichten für die Weltkonjunktur und für wichtige Absatzmärkte der Schwellen- und Entwicklungsländer mit einem Nachlassen der wirtschaftlichen Dynamik in diesen Ländern zu rechnen. Die sich abschwächende weltwirtschaftliche Entwicklung dürfte sich weiterhin dämpfend auf die Rohstoffnachfrage und damit die Rohstoffpreise auswirken. Die Konsequenzen aus diesen Entwicklungen für die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland lassen sich nicht isoliert quantifizieren.

4. Wie schätzt die Bundesregierung die Wirkungen der Finanzmarktkrise auf die wirtschaftliche Entwicklung in den USA ein, welche Folgen sind damit für die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland verbunden, und wie begründet sie ihre Haltung?

In den USA ist mit einer deutlichen Abkühlung der wirtschaftlichen Entwicklung zu rechnen. Die konjunkturellen Risiken haben mit der neuen Runde der Finanzmarkturbulenzen noch einmal deutlich zugenommen. Der IWF geht für das kommende Jahr von einem Wachstum von 0,1 Prozent in den USA aus. Die Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland lassen sich nicht isoliert quantifizieren.

5. Wie schätzt die Bundesregierung die Wirkungen der Finanzmarktkrise auf die europäische Wirtschaftsentwicklung ein, welche Folgen sind damit für

die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland verbunden, und wie begründet sie ihre Haltung?

Im Euroraum zeichnet sich nach dem kräftigen Wachstum im ersten Quartal 2008 eine deutliche Abkühlung der wirtschaftlichen Entwicklung im weiteren Jahresverlauf ab. 2009 ist mit einem nur sehr geringen Wirtschaftswachstum zu rechnen. So geht der IWF für das kommende Jahr von einem Wachstum von 0,2 Prozent im Euroraum aus. Die Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland lassen sich nicht isoliert quantifizieren.

6. Welche Maßnahmen auf internationaler und europäischer Ebene hält die Bundesregierung zur Stabilisierung der weltwirtschaftlichen Konjunktur und der europäischen Wirtschaftsentwicklung für notwendig, und wie begründet sie ihre Haltung?

Nach der jüngsten Zuspitzung der Lage an den Finanzmärkten hat die Bundesregierung in Abstimmung mit ihren wichtigen Partnerländern ein umfangreiches Maßnahmenpaket zur Stabilisierung der Finanzmärkte beschlossen. Diese Maßnahmen werden auch dazu beitragen, negative Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf die Entwicklung der realen Wirtschaft zu begrenzen. Der Europäische Rat hat seine Entschlossenheit unterstrichen, auch außerhalb des Finanzsektors erforderliche Maßnahmen zur Unterstützung von Wachstum und Beschäftigung zu treffen.

7. Was sind nach Ansicht der Bundesregierung die entscheidenden Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, und wie begründet sie ihre Haltung?

Die Auswirkungen der Finanzkrise auf die realwirtschaftliche Entwicklung lassen sich in der aktuellen Phase isoliert nicht quantifizieren (vgl. Antwort zu Frage 2). Die jüngste Verschärfung der Spannungen im Finanzsektor überlagert die bereits seit Ende 2007 international zu beobachtende Konjunkturabschwächung. In der Zuspitzung der Finanzkrise hat die Gefahr bestanden, dass der Vertrauensverlust am Bankenmarkt die reibungslose Kreditvergabe der Banken erheblich beeinträchtigt. Damit wären auch erhebliche Belastungen der Realwirtschaft nicht mehr ausgeschlossen gewesen. Mit dem umfassenden Maßnahmenpaket des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes ist die Bundesregierung dieser möglichen Gefahr jedoch rechtzeitig begegnet.

8. Wie und auf welche Weise wirkt sich die Finanzkrise auf die Finanzierung von Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland, die nicht der Finanzwirtschaft zuzurechnen sind (verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe etc.) bislang aus, welche diesbezüglichen Auswirkungen erwartet die Bundesregierung für die Zukunft (bitte getrennt beantworten für verschiedene Finanzierungsformen, wie Kapitalmarktfinanzierung, Kreditfinanzierung, kurzfristige Finanzierung mit Commercial Papers etc.)?

Nach den verfügbaren Informationen auf Basis von Statistiken und Umfragen gibt es bislang keine Anzeichen für gravierende Probleme bei der Finanzierung von Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland. Wie stark einzelne Finanzierungsformen der Kredit- und Kapitalmarktfinanzierung künftig in Anspruch genommen werden, hängt von den allgemeinen Rahmendaten für die Finanzmärkte (Konjunktur, Zinskonditionen, Wechselkursentwicklung etc.) ab und kann insofern nicht vorausgesagt werden.

9. Mit welchen Maßnahmen wird die Bundesregierung die Ankündigung der Bundeskanzlerin, Dr. Angela Merkel, vom 13. Oktober 2008 „Wir haben es ja durch die amerikanischen Maßnahmen wahrscheinlich mit einer massiven Stützung der Automobilindustrie seitens der Amerikaner zu tun, und das wird natürlich Rückfragen hinsichtlich der Wettbewerbsfähigkeit in Europa stellen. Man muss noch einmal schauen, wie wir darauf reagieren.“ umsetzen, und wie begründet sie diese Maßnahmen?

Die Bundesregierung prüft gegenwärtig Maßnahmen zur Stärkung der Wachstumskräfte der Realwirtschaft, die das umfassende Maßnahmenpaket für den Finanzsektor flankieren können.

10. Wie hoch ist der Bedarf an kurzfristigen Finanzierungsmitteln der Unternehmen, sieht die Bundesregierung hier Probleme, und wenn ja, welche, in welchen Branchen, und wie will sie diesen entgegenwirken?

Nach der Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank (Monatsbericht Oktober 2008) beträgt der Bestand der von Unternehmen aufgenommenen kurzfristigen Kredite Ende des ersten Quartals 384,5 Mrd. Euro. Der kurzfristige Bedarf an Finanzierungsmitteln hängt von der Cash-Flow-Rechnung der jeweiligen Unternehmen ab und entzieht sich insoweit der Kenntnis der Bundesregierung.

11. Welche Auswirkungen der Finanzmarktkrise sieht die Bundesregierung insbesondere für die Zulieferindustrie und andere kleine und mittlere Unternehmen, und wie begründet sie ihre Haltung?

Die Auswirkungen der Finanzmarktkrise lassen sich isoliert betrachtet schwer abschätzen (siehe Antwort zu Frage 7). Es ist nicht davon auszugehen, dass es über die üblichen zyklischen Abhängigkeiten einzelner Branchen hinaus starke sektorale Unterschiede gibt.

12. Herrscht in der Bundesrepublik Deutschland nach Ansicht der Bundesregierung eine Kreditklemme, erwartet die Bundesregierung eine solche für die Zukunft, und wie begründet sie ihre Position, und mit welchen Maßnahmen wird die Bundesregierung reagieren?

In der Bundesrepublik Deutschland gab es im ersten Halbjahr 2008 noch keine spürbaren Anzeichen für eine Kreditverknappung. Die EZB-Umfrage für das 2. Quartal hat zwar leichte Verschärfungen der Kreditangebotsbedingungen in Deutschland ergeben, die aber merklich hinter den entsprechenden Veränderungen im gesamten Euro-Raum zurückbleiben. Die DIHK-Herbstumfrage vom Oktober 2008 hat ein ähnliches Ergebnis geliefert: Dreiviertel der Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland spüren bei der Kreditvergabe bisher keine negativen Auswirkungen der Finanzkrise.

13. Welche Auswirkungen erwartet die Bundesregierung einerseits auf das Rating sowohl von Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland wie auch der Bundesrepublik Deutschland als Land und welche Konsequenzen werden sich daraus aus Sicht der Bundesregierung für die wirtschaftliche Entwicklung ergeben?

Die Bundesrepublik Deutschland genießt auf dem internationalen Kapitalmarkt einen erstklassigen Ruf. Daran wird sich nichts ändern. Das Rating von Unter-

nehmen hängt von zahlreichen spezifischen Faktoren ab, sodass generelle Aussagen nicht möglich sind.

14. Wie wirkt sich die Finanzkrise auf Unternehmen aus, in denen sich Private-Equity-Fonds über Kredite beteiligt haben oder die mit Krediten gekauft wurden?

Bislang gibt es keine Anhaltspunkte dafür, dass es bei der Finanzierung von Unternehmen, an denen Private-Equity-Fonds beteiligt sind, besondere Probleme gibt.

15. Mit welchen Maßnahmen begegnet die Bundesregierung den veränderten Rahmenbedingungen bei der Unternehmensfinanzierung, und welche Erfolge erwartet die Bundesregierung von diesen Maßnahmen?

Die Bundesregierung prüft gegenwärtig gezielte Maßnahmen zur Stärkung der Wachstumskräfte.

16. Erwartet die Bundesregierung einen Anstieg der Firmenpleiten infolge der Finanzkrise, und wie begründet die Bundesregierung ihre Position?

Dazu können gegenwärtig keine Aussagen getroffen werden.

17. Inwieweit und auf welche Weise wird sich die Finanzkrise nach Ansicht der Bundesregierung auf die private Konsumnachfrage in der Bundesrepublik Deutschland auswirken, und wie begründet die Bundesregierung ihre Position?

Entsprechend der aktuellen Herbstprojektion der Bundesregierung führt die Situation am Arbeitsmarkt, insbesondere aber die zu erwartenden Einkommenszuwächse in Verbindung mit wieder rückläufigen Preissteigerungsraten, voraussichtlich dazu, dass der private Konsum im kommenden Jahr im Vergleich zu 2008 um real +0,3 Prozent zunehmen wird.

18. Wird die Bundesregierung die Nachfrageschwäche im In- und Ausland durch staatliche Nachfrage mit öffentlichen Investitionen ausgleichen, und wie begründet die Bundesregierung ihre Position dazu?

Die Bundesregierung wird eine Verstärkung der Investitionen entsprechend den Ansätzen in der Finanzplanung gewährleisten und insofern ebenso wie die anderen Gebietskörperschaften ihren Beitrag zur Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Investitionen leisten.

19. Aus welchem Grund hat die Bundesregierung ein Konjunkturprogramm zur Stützung der Inlandsnachfrage bisher abgelehnt, und wann und in welcher Form wird sie ein solches Programm auflegen?

Die Bundesregierung prüft gegenwärtig Maßnahmen zur Stärkung der Wachstumskräfte der Realwirtschaft als Ergänzung zu dem Stabilisierungspaket für die Finanzmärkte.

20. Welche Auswirkungen erwartet die Bundesregierung durch die Finanzkrise und den konjunkturellen Abschwung für die Staatseinnahmen, und wie begründet die Bundesregierung ihre Position?

Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ wird in seiner Sitzung am 4. und 5. November 2008 die Steuereinnahmen für die Jahre 2008 und 2009 schätzen. Die Ergebnisse werden auf den vom interministeriellen Arbeitskreis „Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen“ verabschiedeten Eckwerten der kurzfristigen Wirtschaftsentwicklung basieren und die Grundlage für die Einnahmenansätze des Bundeshaushalts 2009 bilden.

21. Wird die Bundesregierung Veränderungen bei der mittelfristigen Finanzplanung vornehmen, wie werden diese Änderungen aussehen, und wie begründet die Bundesregierung ihre Position?

Die Bundesregierung beschließt entsprechend den Vorgaben aus § 50 HGrG und § 9 StWG den mittelfristigen Finanzplan jährlich im Zusammenhang mit dem Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt. Sie wird im Sommer 2009 einen neuen Finanzplan zusammen mit dem Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2010 vorlegen. Dieser wird auf der Grundlage der mittelfristigen Wachstumsprojektion aus dem Frühjahr 2009 und der darauf aufbauenden Steuerschätzung erstellt.

22. Hält die Bundesregierung an ihren Plänen zur Haushaltskonsolidierung fest, und wie begründet die Bundesregierung ihre Position vor dem Hintergrund der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklung?

Die Bundesregierung hält unverändert an dem Ziel der Haushaltskonsolidierung fest. Vor dem Hintergrund der noch nicht abschließend einzuschätzenden finanziellen Auswirkungen der Finanzmarktkrise kann allerdings nicht ausgeschlossen werden, dass es länger als bisher geplant dauern wird, bis das Etatziel eines ohne Schulden ausgeglichenen Haushalts erreicht werden kann. Hierfür wird von wesentlicher Bedeutung sein, in welchem Umfang sich die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen verändern.

23. Aus welchen Gründen hat die Bundesregierung die Vorschläge Frankreichs zur Lockerung der Verschuldungsgrenzen im Rahmen des EU-Stabilitäts- und Wachstumspakts abgelehnt?

Eine Lockerung der Verschuldungsgrenzen im Rahmen des EU-Stabilitäts- und Wachstumspakts hält die Bundesregierung für nicht sinnvoll. Der reformierte Pakt erlaubt eine Überschreitung der Defizitgrenze im Fall von außergewöhnlichen Ereignissen. Der Europäische Rat hat am 16. Oktober bekräftigt, dass die Anwendung des Pakts die außergewöhnlichen Umstände, mit denen die europäischen Volkswirtschaften durch die Finanzkrise konfrontiert sind, widerspiegeln sollte.

